



Vier FDP-Mitglieder als Richterinnen und Richter an Baselbieter Gerichten angelobt

Alain Bai (alain.bai@lr-bl.ch)
Fraktionspräsident

Heute wurden im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen an den Baselbieter Gerichten vier Mitglieder der FDP Baselland als Richter/-in angelobt. Es sind dies (von links nach rechts): Lukas Scherer (Steuergericht), Andreas Faller (Vizepräsident Strafgericht), Matthias Dürst (Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West) und Gina Barra (Strafgericht). Im Namen der FDP-Fraktion gratuliere ich nochmals herzlich zur Wahl und wünsche unseren vier Mitgliedern viel Freude in der Ausübung des verantwortungsvollen Amtes. Sie tragen damit wesentlich zum Funktionieren der Justiz bei, die eine der wichtigsten Staatsaufgaben darstellt. Umso erfreuter zeigt sich die FDP-Fraktion, dass sie wiederum äusserst fähige Richter/-innen aus der Partei nominieren durfte.



Vier Vorstösse zur Stärkung von Bau- und Umweltverfahren erfolgreich überwiesen

Christine Frey (christine.frey@lr-bl.ch)
Landrätin

In der Landratssitzung vom 12. Februar und vom 12. März wurden vier Vorstösse von mir behandelt, die auf strukturelle Herausforderungen in der Bau- und Umweltschutzdirektion hinweisen. Rückmeldungen aus Gemeinden, Wirtschaft und Fachstellen zeigen: Verfahren sind häufig komplex, dauern lange, und Zuständigkeiten sind nicht immer klar. Die Vorstösse wollen Abläufe vereinfachen, Transparenz erhöhen und die strategische Steuerung stärken – damit Mobilität, Energie und Bauen im Kanton wieder

verlässlich vorankommen. Alle vier Vorstösse wurden trotz Widerstand der Regierung in Form eines Postulates überwiesen, was mich ausserordentlich freut.

Motion 2025/157 – Effizienzoffensive in der BUD

Die Motion verlangt eine strukturelle Optimierung der Abläufe in der Bau- und Umweltschutzdirektion. Zentrale Ziele sind: eine Bearbeitungsdauer von Baugesuchen unter 90 Tagen bis 2027, eine gesetzeskonforme und entlastete Baurekurskommission, ein Benchmarking mit anderen Kantonen sowie ein jährlicher Bericht mit Kennzahlen an das Parlament. Der Regierungsrat lehnte ab und verwies auf bestehende gesetzliche Fristen.

Nach Umwandlung der Motion in ein Postulat, hat der Landrat dieses aber am 12. Februar mit 57 zu 28 Stimmen und einer Enthaltung überwiesen.

Motion 2025/158 – Transparenzoffensive in der BUD

Gefordert werden eine externe Projektprüfung, ein jährlicher Bericht der Task Force Anti-Stau, ein Projektstatusbericht an den Landrat sowie ein öffentliches Online-Dashboard. Die Motion beabsichtigt damit mehr Übersicht, Planbarkeit und Vertrauen; der Regierungsrat beantragte Ablehnung.

Nach Umwandlung der Motion in ein Postulat, hat der Landrat dieses heute trotzdem mit 37 zu 34 Stimmen überwiesen.

Motion 2025/160 – Verlässlichkeitsoffensive in der BUD

Die Motion verlangt eine langfristige Prioritätenliste bis 2040, klare Gesamtverantwortung für Grossprojekte, Einbindung relevanter Partner und einen PPP-Prüfstandard. Ziel ist mehr Orientierung und Planungssicherheit. Der Regierungsrat lehnte ab bzw. wollte die Motion nur als Postulat entgegennehmen.

Nach Umwandlung der Motion in ein Postulat, hat der Landrat dieses heute mit 53 zu 21 Stimmen überwiesen.

Motion 2025/161 – Strategieoffensive in der BUD

Für Projekte ab 20 Mio. sollen verbindliche Etappen, klare Meilensteine, frühzeitige Partnerbindung sowie externes Controlling gelten. Damit sollen Risiken früh erkannt und Kosten stabil gehalten werden. Der Regierungsrat hat Ablehnung beantragt.

Nach Umwandlung der Motion in ein Postulat, hat der Landrat dieses heute trotzdem mit 39 zu 33 Stimmen mit einer Enthaltung überwiesen.



Gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) für das Rettungswesen

Sven Inäbni (sven.inaebni@lr-bl.ch)

Landrat und Mitglied der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

Der Landrat hat sich mit der Vorlage 2026/31 zum Kantonsbeitrag für das Rettungswesen im Baselbiet befasst. In der Vorlage geht es darum, wie hoch die kantonalen Beiträge an die Rettungsdienste künftig ausfallen sollen, um die Notfallversorgung und insbesondere die Einhaltung der Rettungsfristen sicherzustellen. Die Regierung beantragte dafür als "gemeinwirtschaftliche Leistungen" (GWL) eine Beitragshöhe von insgesamt rund 11.3 Mio. CHF für 2026 und 2027.

In der zuständigen Kommission wurde dieser Vorschlag intensiv diskutiert. Eine Mehrheit der Kommission stellte schliesslich den Antrag, die vorgesehenen Mittel gegenüber dem Vorschlag der Regierung um 410'000 CHF zu erhöhen. Hintergrund war die Befürchtung, dass insbesondere im oberen Baselbiet die Rettungsfristen teilweise länger ausfallen und zusätzliche Mittel zur Verbesserung beitragen könnten. Die Kommission folgte diesem Antrag mit Stichentscheid.

In der Landratssitzung haben jedoch die FDP, die SVP und die Mitte gemeinsam einen Antrag gestellt, wieder auf den ursprünglichen Vorschlag der Regierung zurückzukommen. Aus Sicht dieser Fraktionen ist derzeit nicht ausreichend belegt, dass höhere Ausgaben tatsächlich zu einer messbaren Verbesserung der Rettungsfristen im Baselbiet führen würden. Zudem hat das Kantonsspital Baselland (KSBL) im Rahmen der Beratungen signalisiert, dass es mit den tieferen Beiträgen gemäss Regierungsantrag grundsätzlich einverstanden ist.

Für die FDP Baselland ist jedoch klar: Die Situation bei den Rettungsfristen – insbesondere im oberen Baselbiet – wird weiterhin genau beobachtet. Sollte sich zeigen, dass strukturelle Anpassungen oder zusätzliche Mittel tatsächlich notwendig sind, ist die FDP-Fraktion bereit, zu einem späteren Zeitpunkt entsprechende Massnahmen zu unterstützen.

Geschäft: Vorlage 2026/31, Abgeltung von Gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen (GWL) für den Rettungsdienst des Kantonsspitals Baselland, den Rettungsdienst Nordwestschweiz, den Rettungsdienst der Sanität Basel-Stadt sowie die Sanitätsnotrufzentrale beider Basel für die Jahre 2026 bis 2027; Ausgabenbewilligung



Kantonale Umsetzung der Prämienverbilligung

Andreja Weber (andreja.weber@lr-bl.ch)
Landrat

Aufgrund von Vorgaben des Bundes müssen die Kantone künftig einen Mindestbetrag an Prämienverbilligung ausbezahlen. Dieser muss pro Kalenderjahr gesamthaft einem bestimmten Mindestanteil an den Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der Versicherten, die ihren Wohnort im Kanton haben, entsprechen. Gemäss aktuellen Schätzungen sind es für den Kanton Basel-Landschaft ab dem Jahr 2028 jährlich mindestens CHF 260 Mio., wovon ungefähr die Hälfte vom Bund übernommen wird. Das sind rund 50 Mio. mehr als heute, ergibt sich jedoch zwingend aus den Bundesvorgaben.

Die FDP ist mit der gewählten, kantonalen Umsetzung des Gegenvorschlags zur Prämientlastungsinitiative grundsätzlich einverstanden. Es werden eindeutige Schwachstellen des bisherigen Prämienmodells behoben. Das neue Modell ist zwar auch komplex, aber es sorgt dafür, dass die Prämienverbilligungen möglichst gerecht und transparent den Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen zugutekommen. Wir erachten die Einführung einer Referenzprämie als sinnvoll, weil sie einen Anreiz setzt, dass sich die Bezüger von Prämienverbilligungen für ein alternatives Versicherungsmodell oder einen günstigen Versicherungsanbieter entscheiden.

Weiter sind wir der Meinung, dass die Festlegung sowohl der Referenzprämie als auch des Eigenanteilsatzes durch den Regierungsrat erfolgen sollte. Das Prämienmodell ist insgesamt derart komplex, dass eine Steuerung aus einer Hand sinnvoll ist.

Geschäft: Vorlage 2026/30, Kantonale Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags zur Prämientlastungsinitiative – Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung

Eingereichte Vorstösse

Folgende Vorstösse wurden von der Fraktion der FDP an der LR-Sitzung vom 12. März 2026 eingereicht:

Postulat 2026/4689 - Andrea Kaufmann: Frühe Prävention: Fachstellung Schuldenfragen Basel-Landschaft bekannter machen

FDP.Die Liberalen Baselland, 4410 Liestal | info@fdp-bl.ch | www.fdp-bl.ch



Newsletter abmelden